

Forschungsverbund SED-Staat

Wissenschaftlicher Leiter

Prof. Dr. Klaus Schroeder

Koserstr. 21. 14195 Berlin

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen:

Telefon: 030/838-52091

Datum

schr/br

FAX: 030/838-55141

31.10.2007

Stellungnahme

zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption

durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

- Die BKM-Vorschläge zur Gedenkstättenkonzeption werden insgesamt ihrem Anspruch, Verantwortung wahrzunehmen, die Aufarbeitung zu verstärken und das Gedenken zu vertiefen, vollauf gerecht und stellen aus mehreren Gründen eine gelungene Fortschreibung der alten Gedenkstättenkonzeption dar. Die beiden Diktaturen werden zu Recht als totalitär bezeichnet, ohne dass sie gleichgesetzt werden. Die Unterschiede zwischen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, die mit der Entfesselung eines Weltkrieges und der Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden einen beispiellosen Zivilisationsbruch beging, und dem SED-Staat, der als Teil des sowjetischen Imperiums über einen längeren Zeitraum systematisch Menschenrechte verletzte, Andersdenkende verfolgte und die Menschen in eine realsozialistische Gesellschaftsordnung presste, werden durchgängig berücksichtigt. Weder werden die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert noch das im SED-Staat verübte Unrecht bagatellisiert. Gerade vor Letzterem sind manche, die eine Relativierung der NS-Verbrechen durch die Kritik an der realsozialistischen Parteidiktatur befürchten, nicht gefeit.

- Die Kennzeichnung beider Diktaturen als „totalitär“ wird den in beiden Systemen vorhandenen Ansprüchen gerecht, neue Menschen und eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen und ein ideologisch geformtes Wertesystem durchzusetzen. Dabei verfolgten sie freilich andere Ziele und setzten auch unterschiedliche Mittel ein.

Stärker als im vorliegenden Entwurf sollte herausgestellt werden, dass die beiden totalitären Großsysteme – das nationalsozialistische Deutschland und die sozialistisch-kommunistische Sowjetunion – als Gegenentwürfe zum liberalen westlichen System den mehrdimensionalen Kampf um Weltherrschaft im letzten Jahrhundert bestimmt haben. Die DDR als Teil des sowjetischen Imperiums kann sehr wohl als ein (spät-)totalitärer, sowjetisierter deutscher Teilstaat charakterisiert werden. Totalitär war die DDR aufgrund des umfassenden Gestaltungs- und Machtanspruchs der führenden Partei, sowjetisiert wegen der Implantierung der Institutionen- und Gesellschaftsordnung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Gleichzeitig blieben SED-Führung wie Bevölkerung auf die westdeutsche Gesellschaft als Vergleichsfolie fixiert. Mit diesen drei Charakteristika lassen sich Geschichte und Strukturen der DDR angemessen rekonstruieren.

Die beiden Diktaturen können freilich nur differenziert und angemessen erforscht und dargestellt werden, wenn die Werte einer freiheitlich-demokratischen Ordnung als normative Maßstäbe dienen. Von daher spricht einiges dafür, Aufarbeitung und Gedenken nicht zu trennen und die Erinnerungskultur in Deutschland nach gemeinsamen (oder: einheitlichen) Kriterien zu gestalten. Dieses Vorgehen könnte auch die immer noch vorhandene Differenz im Geschichtsbewusstsein der Menschen in Ost und West verringern. Der unterschiedliche Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR und der Bundesrepublik wirkt zumindest in der älteren Generation weiterhin nach und erschwert ein differenziertes und angemessenes Gedenken an die Opfer und Gegner der beiden Diktaturen.

- Im Blick auf eine definitorisch überzeugende, operationalisierbare und breite Akzeptanz findende Handhabung ist zu begrüßen, dass die Förderung künftig auch Dokumentationseinrichtungen umfassen kann, die für Wesen und Profil der Diktaturen historisch und didaktisch aussagekräftig sind, ohne in unmittelbarem Sinne „Opferorte“ zu sein. Ebenso ist die Erweiterung der institutionellen Förderung auf vier

besonders renommierte Gedenkstätten in den alten Ländern begrüßenswert. Diese Maßnahme reflektiert deren nationale und internationale Bedeutung, vergleichbar mit anderen, schon institutionell geförderten Gedenkstätten, entspricht ihrem weit gediehenen baulichen und musealen Ausbaustand und wirkt daher einer verständlichen Neigung entgegen, fortlaufend Projekte zu formulieren, die de facto verstetigter Arbeit und damit der Finanzierung des laufenden Unterhaltes dienen sollen.

- Die Kriterien der vorgeschlagenen Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten überzeugen, wenngleich die gemischte Finanzierung einige Länder mit vielen und bedeutsamen Gedenkstätten benachteiligen könnte. Präzisiert werden müsste, was unter „nationalem oder internationalem Stellenwert“ eines Erinnerungsortes verstanden wird. Um unnötige Konkurrenz um Fördergelder zu verhindern, sollten nachvollziehbare und einvernehmliche Kriterien benannt werden. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass Gedenkstätten und Erinnerungsorte der einen Diktatur nicht gegen die der anderen medial-kommunikativ und finanziell ausgespielt werden.
- Das vorgeschlagene Beratungsgremium ist von der Größe und der Zusammensetzung her angemessen. Die Aufnahme des Instituts für Zeitgeschichte ist keine Privilegierung, sondern berücksichtigt seine Trägerschaft einer NS-Dokumentationsstätte (Obersalzberg). Es wäre erwägenswert, den Vertreter eines Bundeslandes, in dem viele Gedenkstätten und Erinnerungsorte konzentriert sind, nicht als Gast, sondern als Mitglied mitaufzunehmen.
- Die Vorschläge, vier weitere Gedenkstätten in den alten Bundesländern in die institutionelle Förderung des Bundes zu übernehmen und eine ständige Konferenz der Leiter der Berliner NS-Gedenkorte einzurichten, sind zustimmungswürdig. Allerdings sollte ein gewisser „Druck“ ausgeübt werden, damit Ausstellungen und Veranstaltungen tatsächlich aufeinander abgestimmt werden. Sinnvoll wäre zudem die Teilnahme von einem oder zwei Vertretern wissenschaftlicher Einrichtungen.
- Der vorgeschlagene „Geschichtsverbund SED-Unrecht“ sollte 1. in „Kompetenzgremium SED-Diktatur“ umbenannt und 2. analog der ständigen Konferenz der Leiter der Berliner NS-Gedenkorte institutionalisiert werden. In diesem Gremium sollten die wichtigsten Institutionen und Initiativen, die sich mit der Aufarbeitung und Darstellung

der sozialistischen Parteidiktatur in der DDR und ihren Folgen beschäftigen, vereint werden. Wie bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus sollten zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte eine angemessene Berücksichtigung finden.

- Die Stiftung Aufarbeitung sollte sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren und keinesfalls Bildungs- und Forschungsaufgaben übernehmen. Der Vorschlag, ihr auch die Möglichkeit zur institutionellen Förderung zu geben, scheint mir überlegenswert, erfordert jedoch eine Satzungsänderung, die unbedingt mit einer transparenteren Entscheidungs- und Organisationsstruktur einhergehen muss.
- Der begrüßenswerte Vorschlag zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin sollte der Beginn eines intensiveren Erinnerens an die freiheitlichen und demokratischen Ereignisse und Dimensionen der deutschen Geschichte sein. So würde stärker deutlich, dass die Grundfesten unserer Gesellschaft nicht nur in der Ablehnung totalitärer Diktaturen begründet sind, sondern auch auf einer Werteordnung fußen, die individuelle Menschen- und Freiheitsrechte und Pluralismus in den Vordergrund stellt.
- Die BStU sollte sich in der verbleibenden Zeit ihrer Existenz auf ihre Kernaufgabe, die weitere Erschließung und Auswertung der Stasi-Unterlagen, konzentrieren. Die in absehbarer Zeit notwendige Überführung ihrer Archivbestände in Bundes- und Landesarchive sollte schnellstmöglich nach dem Vorbild der anderen Bestände aus ehemaligen DDR-Archiven eingeleitet werden. Die Analyse und Darstellung des MfS sollte stärker als bisher die Rolle der SED und anderer staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen berücksichtigen. Dies wird durch eine gemeinsame Aufbewahrung und einen einheitlichen Zugriff auf die Aktenbestände erleichtert. Die Aufgaben der Abteilung Bildung und Forschung der BStU sollten in absehbarer Zeit von den hierfür zuständigen Institutionen übernommen werden: die politische Bildung von der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung, die Forschung in stärkerem Maße von den Universitäten. Die geradezu erschreckende Unkenntnis vieler Schüler über die Verhältnisse in der DDR und die verharmlosende Sicht auf diese Diktatur resultieren nicht zuletzt aus einer unzureichenden Behandlung dieses Themas in der universitären Ausbildung von Lehrern. Eine Stärkung von Lehr- und Forschungskapazitäten über die DDR

scheint von daher dringend geboten. Die derzeit von der BStU geleistete politische Bildung könnte auch an die Gedenkstätten verlagert werden.

Es scheint überlegenswert, einige BStU-Außenstellen, die in einigen Regionen für die Aufklärung über die sozialistische Parteidiktatur in der DDR unverzichtbar sind, als relativ autonome Einheiten in die Landeszentralen für politische Bildung zu überführen

- Der Vorschlag, eine Landesstiftung „Berliner Mauer“ zu gründen, scheint mir angesichts mehrerer Gedenkstätten zur innerdeutschen Grenze in anderen Ländern problematisch, angesichts der notwendigen Berücksichtigung föderaler Strukturen jedoch zwingend. Angestrebt sollten aber Kooperationen mit anderen, an der ehemaligen innerdeutschen Grenze gelegenen Gedenkstätten und Erinnerungsorten.
- Eine Dauerausstellung zum Thema „Teilung und Grenze im Alltag der DDR“ im Herzen Berlins, im so genannten Tränenpalast, einem für die Tragik der deutschen Teilung authentischen Ort, könnte das Geschichtsbewusstsein vieler Berliner, aber auch von Berlin-Besuchern, schärfen. Allerdings wäre es sinnvoller, das Thema in „Teilung und Diktatur im Alltag der DDR“ umzubenennen, da „Grenze“ schon in „Teilung“ enthalten ist. Hier könnte zudem der nicht zu übersehenden Banalisierung des DDR-Alltags in der DDR in den Medien, aber zum Teil auch in der Wissenschaft, entgegengewirkt werden. Die Widersprüchlichkeit des alltäglichen Lebens in einer Diktatur lässt sich nicht auf vermeintliche soziale Bindungskräfte reduzieren, sondern muss den offenen oder latenten Zwangs- und Gewaltcharakter diktatorischer Systeme berücksichtigen. Dies gilt gleichermaßen für die NS- wie für die SED-Diktatur. Für die wissenschaftliche Aufarbeitung ist es ohnehin notwendig, Gemeinsamkeiten und Unterschiede sozialer und ideologischer Bindungskräfte in beiden Diktaturen und den instrumentellen Charakter von Sozialpolitik herauszuarbeiten.
- Die historische Bedeutung des Haus 1 in der Normannenstraße wird im Entwurf zu Recht hervorgehoben. Bei der zukünftigen Nutzung sollte die bewährte vielfältige Trägerlandschaft erhalten bleiben. Angesichts fehlender authentischer Orte sollte hier ein Dokumentations- und Bildungszentrum zum Thema „Repression und Widerstand in der SED-Diktatur“ eingerichtet werden. Zwar handelt es sich bei Haus 1 um einen Ort der Täter, der aber gleichzeitig Symbol für den Sturz der SED-Diktatur und die Inbesitznahme durch die Bürgerrechtsbewegung ist. Es

wäre überlegenswert, Haus 1 in eine Stiftung zu überführen. Gleichzeitig sollte die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen in Form einer Arbeitsgemeinschaft institutionalisiert und intensiviert werden. Angesichts der bisherigen hervorragenden Arbeit beider Gedenkstätten in der politischen Bildung vor allem für jüngere Menschen wäre eine Zuordnung zur BStU, die ohnehin in absehbarer Zeit aufgelöst wird, nicht ratsam.

- Es bleibt zu hoffen, dass der vorliegende Entwurf möglichst zeitnah realisiert und finanziell fundiert wird.